

Protokoll 7. öffentliche Sitzung des Tiroler Monitoring-Ausschusses am 28.11.2017 zum Thema **WOHNEN**

Ort: Landhaus Innsbruck, großer Saal

1) Begrüßung

2) Vorstellung der Stellungnahme
der **Jugend-Gruppe** zum Thema **WOHNEN**.

Die gesamte Stellungnahme ist auf der Homepage des
Tiroler Monitoring-Ausschusses zu lesen.

(<http://tirol.gv.at/monitoringausschuss>)

Die Jugend-Gruppe ist in ganz Österreich etwas Neues.
In der UN-Konvention sind die Rechte von Kindern und
Jugendlichen besonders wichtig.

Deshalb haben wir in diesem Jahr eine Kinder-
und Jugend-Gruppe gegründet.

In der Gruppe haben 13 Jugendliche zwischen
13 und 20 Jahren mitgearbeitet.

Die Gruppe hat sich in 3 Workshops getroffen.

Die Gruppe hat entschieden, dass sie ihre Ergebnisse
in einer öffentlichen Sitzung präsentieren wollen.

Sie wollen gemeinsam auch ein Video machen.

Ergebnis der Gruppe ist, dass die Jugendlichen
unterschiedliche Vorstellungen über ihr zukünftiges
Wohnen haben.

Einige wollen alleine wohnen, mache in einer WG.

Jeder will alleine ein Zimmer haben.

Mädchen wollen eher mit anderen Frauen zusammen wohnen.

Jungen gerne mit ihrer Freundin zusammen.

Manche wollen auf dem Land leben,
manche lieber in der Stadt.

Manche wollen ein Haustier haben.

Die jungen Menschen wollen später nicht mehr bei ihren Eltern wohnen. Sie wollen ihre Unterstützer und Unterstützerinnen selbst auswählen.

Frauen wollen unbedingt eine weibliche Unterstützerin haben.

Das Ausmaß der Unterstützung ist unterschiedlich.

Niemand in der Gruppe will später einmal in einer großen Behinderten-Institution wohnen.

Sie brauchen aber Wohnungen ohne Barrieren.

3) **Referat Prof. Dr. Arnold Pracht** von der Hoch-Schule Esslingen (Deutschland) zum Thema:

Wie werden aus großen Einrichtungen kleinere Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.

In Deutschland wurde eine Studie zu diesem Thema gemacht.

Von 25 angeschriebenen Einrichtungen haben

nur 16 mitgemacht. Leider haben diese nur wenige

Auskünfte gegeben, vor allem darüber, wieviel Geld ihnen für ihre Arbeit zur Verfügung stehen und wie sie das Geld verwenden.

Trotzdem hat es überraschende Ergebnisse gegeben.

Es wurde darauf geschaut, wie es den Einrichtungen geht,

wenn sie noch eine große Struktur sind und

wie es ihnen auf dem Weg zu kleinen Einrichtungen geht.

Auf dem Land ist die Umgestaltung schwieriger,

weil es nicht so viele Strukturen, wie in der Stadt gibt.

Der Weg zur Deinstitutionalisierung ist auch schwieriger,

als wenn dieser Prozess schon abgeschlossen ist.

In den kleinen dezentralisierten Einrichtungen gibt es weniger Gemein-Kosten.

Das heißt, dass die Kosten, die alle betreffen geringer sind.

Der Grund dafür ist, dass Die Menschen mit Behinderungen selbst kochen, selbst den Garten machen, sich selbst um ihre Wohnungen kümmern.

Dafür steigen die Einzel-Kosten, weil zum Beispiel

die Therapien für alle nicht mehr
in der Einrichtung angeboten werden.
Statt dessen gehen die Menschen mit Behinderungen
zu Therapeuten im Ort.
Insgesamt sinken die Kosten aber.

Wichtig ist auf diesem Weg, dass die dezentralen Wohneinheiten
vollkommen inkludiert sind.

Das bedeutet, dass man sie von außen nicht als Behinderten-
Einrichtungen erkennt.

Jede einzelne Einrichtung ist anders,
so wie es die Bewohner der Wohngruppen benötigen.

Die Organisation und die Personalführung ist
vollkommen anders.

Es wird in jeder kleinen Wohneinheit selbständig entschieden
und sie ist nicht von einer großen Einrichtung abhängig.

Es besteht viel mehr Selbständigkeit.

Es gibt keine Leistungen wie in einem Hotel mehr.

Das Personal ist nicht mehr „Dienstleister“ sondern
beratet die Menschen mit Behinderungen bei ihren Aufgaben.

Die Verwaltung dieser kleinen Einrichtungen ist
sehr klein geworden.

Im Bereich des Personals gibt es viel mehr Motivation.

Für den Bereich der Zufriedenheit von Menschen mit
Behinderungen gibt es eine eigene Studie.

Es gibt mehr Verantwortung und mehr Entscheidungs-Befugnis.

Die Menschen mit Behinderungen gehen nach außen.

Sie nehmen mit Vereinen und Institutionen im Ort Kontakt auf.

Sie organisieren sich dort ihre Freizeit.

Es gibt eine Behinderten-Einrichtung, die schon alle
Wohngruppen dezentralisiert hat.

Diese wurde genau betrachtet und aus dieser
Einrichtung hat man diese Ergebnisse erhalten.

Diese Einrichtung hat ihre Kosten schon deutlich gesenkt.

Auf diesem Weg gibt es Hindernisse.

Es handelt sich dabei um äußere Hindernisse,

wofür die Einrichtungen nichts können.
Im ländlichen Raum ist eine Dezentralisierung schwieriger.
Es gibt dort weniger Infrastruktur.
Große Einrichtungen würden plötzlich leer stehen.
In Deutschland gibt es komplizierte Förder-Richtlinien.
Es ist schwierig, geeignete Wohnungen zu finden.
Es gibt oft rechtliche Vorschriften,
die in kleinen Einrichtungen schwer umzusetzen sind.

Es gibt aber auch innere Hindernisse,
wofür die Einrichtungen etwas können.
Die Einrichtungs-Leiter müssen umdenken.
Dezentralisierte Einrichtungen werden oft von
großen Einrichtungen nebenbei angeboten und von
diesen gleitet. Das ist eine sehr schlechte Lösung.

Was fördert eine Umgestaltung?

Neue Lösungs-Konzepte in der Frage der „Nachtwache“.
Dezentralisiertes Personal muss sehr
selbstverantwortlich handeln können.
Umdenken, dass ein Mensch nicht ein Leben lang ein Hotel,
sondern eine Wohnung braucht.
Das bedeutet mehr Selbst-Versorgung und
Selbst-Orientierung vor Ort.
Unterschiedliche Konzepte und Stellen-Schlüssel
müssen in jeder Einheit möglich sein.

Handlungs-Empfehlungen:

Die Umgestaltung muss sehr schnell erfolgen.
Dann zeigen sich finanziell die größten Erfolge.
Starke regionale Orientierung.
Abbau zentraler Dienste.
Öffentlichkeits-Arbeit.
Sehr flexible Gestaltung von Arbeits-Zeit und Arbeits-Aufgaben.

Die Konzepte der letzten 50 Jahre
sollen nicht in die nächsten 50 Jahre kopiert werden.
Die Massen-Unterbringung in großen Heimen

ist nicht sehr erfolgreich.

Die Untersuchungen haben ergeben,
dass dezentrales Wohnen kosten-günstiger ist.

Eine Frage aus dem Publikum:

Gibt es für Menschen mit Behinderungen eine
Verschlechterung bei den Leistungen und bei dem
Betreuungs-Schlüssel?

Antwort:

Es sinken die zentralen Leistungen, vor allem im medizinischen Bereich.
Diese müssen vor Ort zugekauft werden.

Das sind oft Probleme im ländlichen Bereich.

In der Stadt ist das kein Problem.

Der Betreuungs-Schlüssel ist nicht einheitlich,
sondern orientiert sich an jeder einzelnen kleinen Einrichtung.

4) Podiumsdiskussion

Eine Frau aus dem Publikum schildert ihre Wohn-Situation.

Sie erlitt von einem Tag auf den anderen einen Schlag-Anfall.

Sie ist seitdem halbseitig gelähmt.

Ihre Wohnung liegt im dritten Stock ohne Lift.

Ihre Wohnung ist nicht barrierefrei.

Seit diesem Tag war sie nicht mehr in ihrer Wohnung.

Sie lebt jetzt in einem Altersheim und ist sehr unglücklich.

Sie wartet seit einem Jahr auf eine barriere-freie Wohnung.

Riegler Christine:

Sie schildert die Situation ihrer Oma, die im Altersheim war.

Diese hatte immer Angst davor, in den Pflege-Trakt

zu kommen, wo sie nicht mehr selbständig leben konnte.

Frau Riegler selbst lebt mit einem Team von
persönlichen Assistenten und Assistentinnen
selbstbestimmt in ihrer Wohnung.

Art und Ausmaß der Behinderung entscheidet auch heute
noch oft, wo man wohnen kann.

Es braucht aber dringend bedarfs-gerechte Wohnformen.
Es muss eine Wahl-Möglichkeit geben.

Landesrätin Christine Baur:

Es wird das neue Teilhabe-Gesetz kommen.
Darin wird die UN-Konvention berücksichtigt.
Dort steht ganz klar mobil vor stationär.
Es soll die Wahl-Möglichkeit geben.
Es gibt aber in der Wirklichkeit Beschränkungen.

Viele Wohnungen sind nicht barrierefrei.
Die Wohnungen in Tirol sind sehr teuer.
Um an diesen Problemen zu arbeiten gibt es viele
verschiedene Zuständigkeiten im Land und den Gemeinden.
Neu im Gesetz ist auch die Persönliche Assistenz.
Um das gut umzusetzen braucht es aber noch viele Erfahrungen.
Es gibt im Gesetz auch das Persönliche Budget.
Es gibt dann auch die Beratung durch Peers.
Große Einrichtungen sollen deinstitutionalisiert werden.
Es braucht dazu aber noch ganz viel Veränderung in
den Köpfen der Verantwortlichen.
Das Geld spielt nicht die größte Rolle für die Entscheidungen
in der Politik.

Harald Huter:

Wichtig ist das selbständige und eigenständige Leben.
Es soll Menschen mit Behinderungen nicht alles nachgetragen werden.
Die Kommunikation mit den Nachbarn und den
Leuten in der Umgebung ist sehr wichtig.

Landtags-Abgeordneter Florian Riedl:

Diese Veranstaltung ist sehr interessant.
Barriere-Freiheit im Wohnbau ist sehr wichtig,
aber viele müssen zusammen-arbeiten.
Wir sind derzeit in einem Entwicklungs-Prozess.
Für ihn stellt sich die Frage, was wollen und brauchen
Menschen mit Behinderungen in Bezug auf Wohnen.

Für Gemeinden gibt es mehrere finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, damit sie barriere-frei bauen können. Aber das Geld soll bei solchen Entscheidungen nicht an erster Stelle stehen. Bei der Wohnbau-Förderung gibt es Unterstützung für die Mehr-Kosten für barriere-freien Umbau in Wohnungen. Es gibt viele gesetzliche Vorschriften. In den technischen Bau-Vorschriften gibt es die OIB-Richtlinie, wo es Vorschriften über barriere-freien Bau gibt. Wir müssen gemeinsam Schritte vorwärts machen.

Hannes Lichtner (Geschäfts-Führer ÖZIV Tirol):

Menschen mit Behinderungen wollen selbstbestimmt leben mit bedarfsgerechter Unterstützung. Es gibt aber 2 große Barrieren. Im baulichen Bereich gibt es zwar Vorschriften aber die werden in Wirklichkeit nicht richtig und gut umgesetzt. Es fehlt das Wissen über Barriere-Freiheit. Es muss aber auch die Umgebung barriere-frei sein (Geschäfte, Ärzte, Restaurants, usw.). Im Mietrechts-Gesetz gibt es auch keine Umsetzung der Barriere-Freiheit. Der zweite Bereich sind die teuren Wohnungen. Menschen mit Behinderungen haben aber oft nur ein geringes Einkommen. In der Mindest-Sicherung gibt es auch oft keine ausreichende Unterstützung.

Meldungen aus dem Publikum:

Das Prinzip der Barriere-Freiheit ist in Tirol schon verankert. Es werden aber nur halbe Schritte gemacht. Es gibt keine klare Zahlen über barriere-freie Wohnungen in Tirol. Unsichere Zahlen sagen 3 Prozent aller Wohnungen. Aber alle Menschen werden alt – das ist viel zu wenig. Die Sachverständigen in den Gemeinden

wissen zu wenig über Barriere-Freiheit.

Es müssen verpflichtend im Gesetz Sachverständige für Barriere-Freiheit festgeschrieben werden.

Die Wohnbau-Förderung soll zu 100 Prozent an Barriere-Freiheit gebunden werden.

Um wählen zu können, muss es Barriere-Freiheit geben.

In Rotterdam (Niederlande) gibt es Wohn-Projekte, wo die Menschen untereinander auf sich schauen.

Dieses Projekt wurde auch in Wien vorgestellt.

Dieses Projekt kann auch in Tirol vorgestellt werden.

(Das Projekt heißt: Pameijer Nachbarschaftsinklusion)

Was wollen wir? Die Antwort ist klar.

Die Frage ist nur, wie kommen wir Menschen mit Behinderungen zu leistbaren Wohnungen.

In Innsbruck muss man für eine Stadt-Wohnung 5 Jahre gemeldet sein.

Christine Baur:

Für Menschen mit Behinderungen ist es auch wichtig, dass sie ihre Bekannten und Freunde besuchen können.

Ohne Barriere-Freiheit ist das nicht möglich.

Eigentlich sollten wir alle barriere-frei leben.

Das würde für alle Vorteile bringen und ein späterer Umbau ist viel teurer.

Florian Riedl:

Der Wohnungs-Markt in Innsbruck ist allgemein sehr angespannt.

Die Bindung der Wohnbau-Förderung an Barriere-Freiheit wird im Land schon länger diskutiert.

Das Land Tirol tut aber in diesem Bereich schon mehr als vorgeschrieben ist.

Es gibt bereits Gelder für barriere-freien Wohnbau und

man liegt weit über den Mindest-Vorgaben.

Man soll keinen Zwang ausüben.

Viele Regelungen über Barriere-Freiheit sind in den neuen technischen Bau-Vorschriften schon festgeschrieben.

Diese sollten von Fachleuten auch überprüft werden.

Publikum:

Wir alle können von einem Tag auf den anderen behindert sein.

Wie sehr wird Barriere-Freiheit bei den großen Wohnbau-Projekten der Stadt Innsbruck berücksichtigt?

Viele Menschen haben Angst beim Umgang mit Menschen mit Behinderungen.

Da braucht es ein Konzept, wie man den gemeinsamen Umgang fördern kann.

Die Vorschriften für Lifte sind E+3.

(Das bedeutet Erdgeschoss und 3 Stöcke darüber-
siehe dazu Anmerkung Herr Lichtner)

In den Bezirken wird aber oft niedriger gebaut.

Deshalb haben viele Wohn-Häuser keinen Lift.

Viele Gasthäuser haben das WC im Keller ohne Lift.

Ältere Leute müssen oft ihre Wohnungen verlassen,
weil sie nicht barriere-frei sind.

Wenn Groß-Einrichtungen gebaut werden,
ist das ein Bau für die nächsten Jahrzehnte.

Beim barriere-freien Wohnbau sollen betroffene Menschen
einbezogen werden.

Die technischen Vorschriften sind oftmals nicht aktuell.

In der Wirklichkeit gibt es Fortschritte, die nur
die betroffenen Menschen kennen.

Bei Neubauten sollten diese Erfahrungen berücksichtigt werden.

Herr Lichtner:

In den neuen technischen Vorschriften
müssen nun Lifte schon mit einem Geschoss eingebaut werden.
Es gibt Neuerungen, diese kommen aber viel zu spät.
Wir haben jetzt viele alte Wohnungen,
die aber nicht barriere-frei sind.
Die Förder-Möglichkeiten für den barriere-freien Bau
werden nicht einmal ausgeschöpft.
Da braucht es eine große Veränderung in den Köpfen.
Fach-Leute müssen einbezogen werden.

Publikum:

Für Menschen mit Hörbehinderung gibt es in
ganz Österreich keine barriere-freien Lifte.
Diese brauchen eine Video-Anlage und
das gibt es nur in der Schweiz.

Es gibt keine Konsequenzen, wenn die technischen
Vorschriften über Barriere-Freiheit bei einem Neubau
nicht eingehalten werden.
Es braucht dazu eine Gesetzes-Änderung.

Eine Rampe allein bedeutet keine Barriere-Freiheit.
Es gibt viele Arten von Behinderungen.
Die müssen auch berücksichtigt werden.

(Dieses Protokoll wurde in einer Leichter Lesen Version geschrieben)

Protokoll: Mag.^a Cornelia Atalar